



öffentlich

**Betreff:**  
Sicherheitszone

**Einreicher:** AfD-Fraktion AfD

Erstellungsdatum 20.12.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.03.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich eine Sicherheitszone nach Cottbuser Vorbild im Umkreis des Hauptbahnhofs, der Freundschaftsinsel, des Landtages und der Langen Brücke einzurichten.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Hohloch

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Seit dem diesjährigen Sommer kommt es immer wieder zu Polizeieinsätzen, ausgelöst durch Ausländerkriminalität. Exemplarisch zu nennen ist dabei das Sexualdelikt eines 18-jährigen Afghanen auf der Freundschaftsinsel im August oder auch eine Schlägerei zwischen Russen und Afghanen am Hauptbahnhof im November. Zuletzt, am 15.12.18, machte ein Mann Schlagzeilen, der sich nach einer körperlichen Auseinandersetzung der Festnahme widersetzte und mehrfach "Allahu Akbar" schrie.

Viele Potsdamer Bürger fühlen sich angesichts solcher Meldungen in ihrer Stadt nicht mehr sicher. Eine Sicherheitszone würde nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern, sondern auch Straftaten präventiv entgegenwirken.

Deshalb muss die Landeshauptstadt Potsdam, dem Vorbild der Städte Cottbus, Hamburg und Bremen folgend, Sicherheitszonen einrichten. Zu dieser müssen auch eine Waffenverbotszone und ein verstärktes Auftreten von Polizei und Ordnungsamt gehören. Ein speziell auf Potsdam zugeschnittenes Konzept soll mit den zuständigen Sicherheitsbehörden entwickelt werden.